

Eugen Kogon

## MAN BRAUCHT DEUTSCHLAND ... AUCH DEUTSCHE SOLDATEN?

Daß man Deutschland braucht, darüber besteht kein Zweifel mehr. Die von 1942 bis 1946 herrschende Ansicht, es werde im Frieden auch ohne Deutschland möglich sein, Europa aufzubauen, ja es müsse geradezu ohne Deutschland versucht und es könne nur ohne Deutschland erreicht werden, hat der Wirklichkeit nicht standgehalten. Vom Morgenthau-Plan ist bloß eine schlechte Erinnerung, in einiger politischer Praxis ein recht unangenehmer Rest, sowie ein Häuflein da und dort vereinzelt kämpfender Nachzügler ohne Aussichten übriggeblieben. Die Erkenntnis ist allgemein geworden, daß die Gefahr eines verelendeten Deutschland für Europa kaum geringer ist als die Gefahr eines starken Deutschen Reiches. Ein Ausfall der Mitte ist in jedem Sinne des Wortes für die Nachbarländer im europäischen Umkreis lebensgefährlich; außerdem findet sich, die Gefahr vergrößernd, für das Elend wie für die Macht immer ein Bundesgenosse zur Vorbereitung abenteuerlicher Ereignisse gegen andere.

Man hat daher 1947 begonnen, die Deutschland-Politik zu ändern. Rußland tat es und der Westen tat es, jeder der früheren gegen Deutschland verbündeten Partner in seiner Weise. 1948 brachte, hier wie dort im deutschen Vorfeld, die große Wende. Man schuf, mit dem jeweiligen Vorzeichen, in Wirtschaft, Politik und Verwaltung gleichzeitig, nur in der Schnelligkeit, in der Entschlußkraft und im Nachdruck unterschiedlich, die Voraussetzungen zu einer Eingliederung in das östliche oder das westliche Potential. „Nun wird gestartet,“ schrieben wir im Januar 1948, „die kommenden zwölf Monate werden die eigentlichen Entscheidungen bringen“ – in Westdeutschland „die Währungsreform, die Übernahme der Finanzierung in der britischen Zone durch die Amerikaner, den Umbau der bizonalen Verwaltung, den Anschluß des französischen Besatzungsbereiches, die Ausarbeitung eines Besatzungsstatuts und die Vorbereitung der staatsrechtlichen Form Deutschlands, die föderalistisch sein wird“, in der russisch besetzten Zone die Zentrale Wirtschaftskommission, die Einschmelzung der nichtkommunistischen Parteien, die Schaffung der „Volkskongresse“, in allem dem als Kerngefüge: den neuen Polizeiapparat. Auf beiden Seiten waren die Bemühungen nicht bloß auf den Ausbau der eigenen Stellungen gerichtet, sondern auf das Ganze. Im Kampf um Berlin, dem einzigen Feld noch verbliebener gemeinsamer alliierter Kontrolle in Deutschland, gerieten die einander widerstreitenden Kräfte der neuen Entwicklung gerade wegen jenes Teils ihrer Ziele, der ihnen gemeinsam ist: wegen des *ganzen* Deutschland – nicht heute, aber morgen –, erstmals hart und beinahe den Krieg heraufbeschwörend aneinander.

### *Politik des Zwischenzustandes*

Das ganze Deutschland als ein Stück Weltpolitik. Man hat sich mit den gegenwärtigen Grenzen der Einflußbereiche in Europa ja nicht abgefunden. Nichts in dieser Hinsicht ist entschieden. Es könnte kaum theoretisch bei dem bleiben, was da von Yalta bis Potsdam, selbst dort nur als ein Provisorium gedacht, zustandekam. Die Ideologien, die Interessen und die Notwendigkeiten rennen beständig gegen die Fortdauer des Provisoriums an. Weitere

Abschnitte der in keineswegs ferner Zukunft fälligen Entscheidung werden daher vorbereitet.

Sie kann eines Tages durch Krieg versucht werden, – nicht allein wegen Deutschland. Es müßte schon noch aus anderen, viel umfassenderen Ursachen die berüchtigte „ultima ratio“ werden; und es stünde in ihm ja weitaus mehr auf dem Spiele. Aber er bleibt vorerst eine nicht aus der Gegenwart geschaffte, an Deutschland entwickelbare Möglichkeit. Auch in der Voraussicht einer solchen Möglichkeit, sei es für die Abwehr, sei es für den Angriff, spielt Deutschland eine Rolle. Wie sich seine Bevölkerung zu Beginn oder während eines Krieges verhielte, wäre durchaus nicht gleichgültig. Krieg in unserer Zeit nimmt mehr und mehr die Züge von Bürgerkriegen an. Nicht mehr allein die nationalen Zugehörigkeiten, mindestens ebenso die sozialen und bei vielen schon (oder wieder) „weltanschauliche“ Standorte bestimmen das Verhalten von Einzelnen und Gruppen. Vor dem Krieg die „Fünften Kolonnen“, gebildet heutzutage mehr aus Fanatikern als aus bezahlten Agenten, sind nicht weniger zu einem gewichtigen Faktor in den Berechnungen der Militärs geworden als nach Beginn des Krieges Widerstand hinter den Fronten. Es liegt recht nahe, unter so kritischen Umständen, wie sie jetzt gegeben sind, diesem Entwicklungsfeld einige vorbereitende Aufmerksamkeit zu schenken. Auch bei uns in Deutschland gibt es bereits vielerlei Listen, kommunistische und antikommunistische.

Die andere Möglichkeit ist ein Friedensvertrag mit Deutschland. Sehen wir von seinen inhaltlichen Schwierigkeiten ab. Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation und die Übernahme der Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten hat schon die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen eines Vertrages überaus erschwert. Man muß, wenn nicht ein Diktat gewünscht wird – die mittlerweile völlig veränderte Politik schließt es aus –, auf deutscher Seite erst die vertragschließende Autorität ins Leben rufen. Wäre die Politik des Ostens und die des Westens jede auf ihren Bereich beschränkt, dann könnte der eine wie der andere Teil mit „seinem“ Partner abschließen, den er inzwischen im eigenen Besatzungsgebiet hat entstehen lassen, – falls diese Partner zu einem solchen Vertragswerk bereit wären. Aber das will man gerade nicht. Weder die Deutschen wollen es, noch die Westalliierten, noch die Russen. Man muß also eine gesamtdeutsche Regierung zustandebringen. Sowohl in der Ostzone, als auch in den Westzonen sind die Schritte, die bisher in Richtung auf eigenstaatliche Hoheit hin getan wurden, auf Gesamtdeutschland hin getan worden. Manches mag im Augenblick anders aussehen; vielleicht wird die Entwicklung auch in eine Richtung führen, die den jetzigen Absichten widerspricht. Aber noch ist das ganze Deutschland das Ziel aller Beteiligten, aus welchen Beweggründen immer.

Eine gesamtdeutsche Regierung wird niemals zustande kommen – lassen wir eine so abwegige Möglichkeit wie den unbekanntenen Ausgang eines Dritten Weltkrieges vom gesteigerten Charakter des vergangenen beiseite –, niemals, wenn die Westmächte und Sowjetrußland sich nicht einigen. Da vieles dafürspricht, daß sie eine kriegerische Auseinandersetzung im Jahre 1949 scheuen (was nachher sein mag, werden wir vielleicht gegen Ende des Jahres abschätzen können), ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß sie entgegen allem Anschein eine formale Grundlage finden werden, von der aus eine erste zureichende Lösung sichtbar werden wird. Die einen, im Westen, wollen Zeit gewinnen, daher, unter Wahrung ihres Ansehens und ihrer Interessen, neuralgische Knoten beseitigen. Die anderen, im Osten, arbeiten auf eine breite Verbindung zur Arbeiterschaft in Westdeutschland und zu Frankreich hin. Gerade die Berliner Krise ist nicht mehr ein Zeichen

gegen solche Möglichkeiten, sondern eher für sie: die Krise dauert nämlich beiden schon lange genug, bald sind die Vorteile und die Nachteile nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Der Gewaltstreich der SED gegen den alten Magistrat und gegen die Abhaltung freier Wahlen, also die Schaffung vollendeter Tatsachen, kann durchaus als Vorbereitung für nachher, das heißt für die Zeit nach der Einigung über Berlin, oder als ein weiteres Faustpfand für künftige Verhandlungen gedacht gewesen sein. Überwindet man die Krise, weil sie ihren Dienst getan hat und weil die hartnäckigen Schwierigkeiten, die sich aus ihr ergeben, als Dauerzustand für die Ausführung größerer Konzepte allmählich hinderlich werden, dann folgen Verhandlungen über ein umfassenderes Kompromiß unter Umständen leichter dem ersten. Präsident Truman wird ihnen bestimmt nicht abgeneigt sein. Die westlichen Militärs ebenfalls nicht. Und die Russen?

### *Die Vorbereitungen in der Ostzone*

Die machtpolitische Herrschaft der Kommunisten, die neue wirtschaftliche Besitzverteilung und die soziale Umwälzung in der Ostzone werden bald an jene Grenze gelangt sein, die einer weiterreichenden Aktion Aussichten verleiht. Sie liegt nicht nur im Ausdehnungswillen und im Interesse der SED, sondern auch im Rahmen der Europa-Politik Sowjetrußlands. Sie werden beide als „volksdemokratische“ Politik betrieben. Ihre Lösung ist sozialistisch-national, ihre halbrevolutionäre Methode der „kalte Krieg“. Daß sich diese Politik auf die Ostzone allein beschränken wollte und jede ihrer gesamtdeutschen Forderungen bloß Finte wäre, die der Beunruhigung dienen soll, widerspricht allen Einsichten in Wesen und Art des Kommunismus, in die Ziele der sowjetrussischen Außenpolitik, in die besonderen Merkmale unserer Lage und in die bisher überall gemachten Erfahrungen. Man will und bis zu einem gewissen Grade braucht wirklich ganz Deutschland; das gilt vom Osten wie vom Westen. Gewiß nicht ein im alten Sinne selbständiges Deutschland; es müßte „freiwillig-abhängig“ sein – „Bundesgenosse“ oder Satellit des einen, des andern der großen Widersacher.

Selbstverständlich wissen die kommunistischen Führer, daß sie bei freien und wirklich geheimen Wahlen in ganz Deutschland und besonders in „ihrer“ Ostzone eine vernichtende Niederlage erleiden würden. Woher nehmen sie gleichwohl die Kühnheit, die Empfehlung zu vertreten, die Sowjetrußland und seine Gefolgschaftsstaaten bei der seinerzeitigen warschauer Außenministerkonferenz ausgesprochen haben, eine Empfehlung, die auch in die Linie des Kominform aufgenommen wurde: die Alliierten sollen ihre Besatzungstruppen aus Deutschland zurückziehen, aus freien Wahlen soll eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen, mit ihr soll für eine Deutsche Demokratische Republik ein Friedensvertrag abgeschlossen werden? Der Verfassungsentwurf, den der sogenannte Deutsche Volksrat auf seiner fünften Tagung in Berlin vom 22. bis zum 24. Oktober 1948 vorgelegt hat, sieht in seinem Artikel 92 vor: „Die stärkste Fraktion der Volkskammer benennt den Ministerpräsidenten, der die Regierung unter Hinzuziehung aller Fraktionen im Verhältnis der Fraktionsstärke bildet.“ Das heißt: Koalitionskabinette werden abgelehnt (was nicht von Übel zu sein brauchte), und die SED-Führung ist überzeugt, daß sie die stärkste Partei werden kann, – durch eine in Artikel 54 des Entwurfs „gewährleistete“ freie und geheime Wahl bestimmt nicht. Allerdings gäbe es noch andere Wege; der Artikel 92 zum Beispiel enthält auch einen Abschnitt folgenden Wortlauts: „Schließt sich eine Partei aus, so findet die Regierungsbildung ohne sie statt.“ Das wäre eine Selbstverständlichkeit, die der Festlegung in der Verfassung wirklich nicht bedürfte, wenn da nicht das Tor zu der bekannten Praxis geöffnet werden sollte, die Führungen bestimmter Parteien nach

bewährtem nationalsozialistischem und kommunistischem Muster auf „entsprechende Weise“ zu veranlassen, sich selber „freiwillig“ auszuschließen. Aber offensichtlich handelt es sich bei dieser Bestimmung des Verfassungsvorschlages bloß um eine vorsorgliche Auffangstellung. Man rechnet von vornherein mit einem Mehrheitsieg der SED. Wie das?

Nicht zu spät dürfte es zum großen Zusammenschluß kommen. Es ist eine der Sorgen des Ostens, daß sich der Westen einschließlich Westdeutschlands wirtschaftlich und politisch nachhaltig festigen könnte. Auf beiden Ebenen war die Anlaufzeit naturgemäß lang. Nun, 1949, geht es sowohl mit dem Marshallplan wie mit der politischen Einigung verhältnismäßig rasch. Der Aufbau der militärischen Sicherung kommt hinzu, die ja auch eine ungewöhnliche politische Bedeutung hat, – die besondere innenpolitische nicht zu vergessen! Die kommunistischen Aussichten verringern sich. Aus zwei ganz verschiedenen Berechnungsreihen kann es so zu einer und derselben Deutschland-Politik kommen: der Westen will in Hinsicht auf die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung Zeit gewinnen und daher Konfliktsfelder aus der Welt schaffen; die im Osten wollen keine Zeit verlieren, ohne Krieg noch das zu erreichen, was sich ihrer Meinung nach erreichen läßt.

Bliebe die sowjetrussische Besatzungsmacht entgegen den gemachten Vorschlägen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages in Deutschland, dann deuteten alle Vorbereitungen auf die Absicht hin, eines Tages unter dem Schutz von Truppen und NKWD nackte Gewalt anzuwenden. Es ist ausgeschlossen, sich heute noch der Meinung hinzugeben, der Westen würde dabei ruhig zusehen. Der SED-Arm der Sowjetrussen in Deutschland kann daher sein Ziel in ganz Deutschland nur *zwischen* einer Räumung und vertraglich vereinbarten wirklich demokratischen Wahlen zu erreichen versuchen. Das heißt praktisch: die „volksdemokratischen“ Machtkader der Ostzone würden, sobald sie nur Bewegungsfreiheit über die bisherige Demarkation hinaus erlangten, im „Verwaltungswege“, durch eine zielsichere Personalpolitik und unter Nachhilfe ebenso schlagartiger, wie unauffälliger, fadenscheiniger, aber wirksamer Verhaftungen „bei Nacht und Nebel“ ihrer „Demokratie“ die ersten Voraussetzungen schaffen. Die Absicht ließe sich umso leichter verwirklichen, je weniger selbständig jede einzelne der deutschen Länderverwaltungen, je zentralistischer die Gesamtverwaltung des Westens wäre. Die verbleibenden alliierten Kontrollen würden auf hunderterlei Weise behindert. Bis es zu einem wirksamen Alarm im Ausland käme, wären die führenden Gegner des demokratisch verkleideten Terrors längst so weit aus dem Wege geschafft, daß sie weder von Protesten noch von konkreten Gegenaktionen überhaupt noch etwas erführen.

Man darf sicher sein, daß die Herren Müller, Steidle, Fischer, Bechler und wie sie vom ehemaligen deutschen Generalstab alle heißen mögen, die sich heute samt und sonders auf dem karlshorster Parkett weitaus gewandter und lieber gesehen bewegen als selbst die Genossen Pieck, Grotewohl und Ulbricht ihre Pläne rechtzeitig fertiggestellt haben werden. Schließlich arbeiten sie schon seit mehr als einem halben Jahr an den Voraussetzungen des großen Tages „X“. Seit dem 1. April 1948 haben sie im engsten Einvernehmen mit der sowjetrussischen Militär-Administration und der Leitung der SED alle maßgebenden Verwaltungs- und insbesondere Polizeistellen der Ostzone mit ihrem geschulten Ausführungspersonal besetzt. Von der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) über die pankower Höhere Polizeischule, wo in Moskau ausgebildete Fachleute unterrichten, bis zu den Kreispolizei-Inspektionen sind alle Nervenstränge in ihrer Hand. Die Mannschaften werden infanteristisch ausgebildet, und bei der DvdI besteht das Referat K 5 – wieder einmal

hübsch eingebettet in die Kriminalabteilungen – als Politische Polizei zur „Sicherung des demokratischen Neuaufbaus“. Es wird überwacht vom NKWD und von der SED, die dem Referat K 5 auf allen Stufen Befehle erteilen können. Die Leiter seiner Dienststellen haben die Befugnis, selbständig Haftbefehle auszustellen, vor allem wenn es sich um die Verfolgung „profaschistischer Elemente“ handelt.

### *Westliche Sicherungen*

Das alles und mehr ist bei uns nicht unbekannt. Folglich taucht die Frage des Schutzes gegen die „volksdemokratischen Möglichkeiten“ auf. Wir sind wirtschaftlich, politisch und polizeilich noch erheblich weit von ihm entfernt.

Aus Gründen, die ganz woanders liegen mögen als im unmittelbaren Zusammenhang der eigentlichen Deutschland-Politik, sei es in einer Veränderung der Machtkonstellation, sei es in Entschlüssen jenseits des Ozeans, die nicht von unseren Wünschen oder Notwendigkeiten her zu beeinflussen oder gar zu bestimmen sind, kann es im Laufe des Jahres 1949 zu einer Regelung der Deutschen Frage kommen, *ehe* wir im Westen stark genug geworden sind, um jener Taktik der kommunistisch gewordenen oder kommunistisch beherrschten Generalstäbler der Ostzone gewachsen zu sein. In diesem Falle würde die gesamte Deutschland-Politik zu einem wilden Abenteuer und zur akuten Kriegsgefahr werden. Die hinterherige Tatkraft der USA und etwa des europäischen Westens würde zwar vielleicht eine ähnliche Bewunderung hervorrufen wie die gegenwärtigen Luftbrücken-Leistungen für Berlin, aber der Ausgang wäre alles andere als gewiß.

Viel wahrscheinlicher ist, daß man Westdeutschland vorher in sich festigt. Da so etwas, trotz jetzt beschleunigtem Tempo, nicht von heute auf morgen geht, wird einem Kompromiß, das den berliner Konflikt beenden sollte, wohl eher ein Abschnitt langwieriger Verhandlungen folgen – ausgiebig genug, um uns in der Zwischenzeit nicht nur zu sichern, sondern unserer Wirtschaft und unserer Politik auch Werbekraft nach Osten hin zu verleihen. Zu einer vollständigen und wirklich echten Einigung wird es ohnehin nicht kommen; es kann sich lediglich um die Gewinnung einer gewissen gemeinsamen Plattform handeln, auf der das Ringen weitergehen wird, ohne immer gleich zum totalen Konflikt treiben zu müssen.

Zwischen dem Problem des sichernden Schutzes für Westdeutschland und den Bemühungen um seine wirtschaftliche und politische Festigung stecken indes einige weittragende Schwierigkeiten. Man kann die Frage nicht unabhängig von der Gesamtlage und von der Entwicklung insgesamt behandeln.

Sichernder Schutz –, das bedeutet innenpolitisch Polizeimacht. Wirtschaftliche und politische Festigung –, das bedeutet im Innern, so wie die Dinge liegen, die Beziehungen laufen und die meisten Geister gesonnen sind, keineswegs zuerst sozialen Fortschritt. Nach außen bedeutet es scharfen Wettbewerb, solange es eine zureichende europäische Planung und Rahmenregelung noch nicht gibt, Versteifung verständlicher Bedenken und tiefsitzender Vorurteile, vielleicht verstärktes Mißtrauen Frankreichs und der Benelux-Länder, einseitige und teilweise falsche Zusammenarbeit vorwiegend mit amerikanischen Kräften.

Und es kommt die Frage einer deutschen Beteiligung am westeuropäischen Selbstschutz hinzu! Noch besteht ja die Gefahr eines Krieges, und zwar auf längere Zeit. Braucht man also deutsche Soldaten?

Der west-östliche Gegensatz und die seit 1947 in Gang gebrachte Umkehrung der Politik haben, auch was Deutschland anlangt, ihre Logik in sich. Man kann sich ihr nicht entziehen, indem man den Kopf in den Sand steckt, indem man die Entwicklung einfach leugnet oder indem man hartnäckig bloß an andersartigen Wünschen festhält. Sie setzt sich über eine beständige Reihe von Kompromissen durch, solange ihre Voraussetzungen gegeben sind. Sie wird uns allen im Westen 1949 schwer zu schaffen machen.

*Polizei: Das spricht sich so leicht aus*

Da ist also zuallererst das Problem einer westdeutschen Polizeimacht. Wir besitzen anscheinend schon wieder recht viel an Polizei in diesem neuen Deutschland. Niemand weiß recht, *wie* viel, wie es um ihre Kraft bestellt ist und wie um die politische Gesinnung ihrer Mitglieder.\* Sie ist sehr vielfältig. Für unseren normalen inneren Gebrauch genügt sie gewiß. Was man aber will, ist eine einheitliche Bundespolizei und ist ferner kasernierte Polizei, sei es des Bundes, sei es der Länder. Wenn von der Ostzone her nicht unter Umständen die geschilderte Gefahr drohte, wäre nicht einzusehen, wozu die kasernierten Polizeibereitschaften dienen sollen. Als Beigabe staatlicher Hoheit, weil das so dazugehört? Eine gefährliche Vollständigkeit aus bloß staatsrechtlichem Denken – in Anbetracht dessen, was sie für eine Bedeutung annehmen können. Als Organ einer Bundesexekution? Auf sie müßte sich ohnehin die Mehrzahl der Länder im Bundesrat vorher geeinigt haben, es könnten dann auch, wenn der Fall westlich der Elbe und südlich des Mains wirklich einmal aktuell werden sollte, Länderkontingente aus nichtkasernierten Einheiten zusammengestellt werden.

Aber alle diese Erwägungen sind ein wenig theoretisch, weil die Ostzonenpolizei eben besteht, überdies unter Generalstabsführung, morgen sogar als ausgebildetes Kader einer Polizei-Armee, kontrolliert und gelenkt von der SED und dem NKWD, ferngesteuert von der russischen Politik. Also handelt es sich darum, die Polizeimacht Westdeutschlands, die 1949 geschaffen werden wird, so zusammensetzen, aufzubauen und zu leiten, daß sie ein Instrument in der Hand demokratischer Politiker wird; und es bleibt. Die Aufgabe ist umso schwerer zu lösen, als diese Polizei, wahrscheinlich sehr rasch gebildet, nicht eines nahen Tages das einzige Machtzünglein an der Waage, nicht ein Werkzeug des Klassenkampfes in sozial-ökonomischen Auseinandersetzungen und nicht ein gewichtiges Zusatzstück in anderen „Selbstschutz“-Entwicklungen sein darf.

Die sozial-ökonomischen Kämpfe, zum Teil parteipolitisch, zum Teil betrieblich, zum Teil vielleicht auch anders ausgetragen, werden kaum ausbleiben. Der bei uns bevorstehende Altweibersommer des europäischen – und deutschen! – Liberalkapitalismus, das Ringen um den Anteil an den Ergebnissen der in der zweiten Hälfte 1949 wohl beginnenden Marshallplan-Konjunktur, die parteipolitischen Gegensätze werden einigen Anlaß dazu geben. Wenn die bonner Verfassung die Zweite Republik auch nur in etwa auf die Startbahn der Weimarer Republik bringt, werden allein die Koalitionsschwierigkeiten mancherlei Aussichten für die neuen Polizeichefs oder für den neuen Polizeigeneral schaffen.

---

\* Die FH werden sich in ihrer Februar-Ausgabe des Themas in einer eigenen Darstellung annehmen.

Und wenn es beim Schutz oder Selbstschutz dieses Westdeutschland, das man braucht, bloß um die Polizei ginge!

### *Wiederaufrüstung? \**

Die Politik der Weltmächte und die der europäischen Staaten gerät im Zeichen eines immer möglichen, wenn auch nicht herbeigewünschten Krieges mehr und mehr unter den Einfluß der strategisch-militärischen Planung. „Unser Gegensatz zur Sowjetunion macht die Übereinstimmung der auswärtigen Politik mit der Politik der militärischen Verteidigung zur dringenden Notwendigkeit,“ schrieb am 24. November 1948 der frühere stellvertretende Außenminister der USA, Sumner Welles, in der „New York Herald Tribune“. „Aber so lange, als die Grundsätze, die Ziele und die Ausführung unserer auswärtigen Politik für uns von offiziellen Männern entschieden werden, die für die nationale Verteidigung verantwortlich sind und die für die bewaffneten Streitkräfte sprechen, wird die amerikanische Außenpolitik eher negativ als positiv sein und auf die Anschauung gegründet, daß Gewalt das einzig

---

\* Am 24. November 1948 berichtete ich auf einer Pressekonferenz in Frankfurt mehr als 100 Kollegen und Kolleginnen von der deutschen Presse über den römischen Kongreß der europäischen Föderalisten-Union. In meinen etwa zwanzig Minuten dauernden Ausführungen kam kein Wort von einer „deutschen Armee“ oder einer beginnenden „Remilitarisierung Deutschlands“ vor. Am Ende stellte ich jedoch zu einem, im übrigen sehr guten Bericht, der im „Rheinischen Merkur“ vom 20. November 1948 erschienen war, und der in einem Abschnitt sowohl auf mich wie auf eine derartige Debatte in Rom Bezug nahm, folgendes richtig: 1. Die Debatte fand in Rom nicht vor dem Kongreß, sondern vor der Politischen Kommission statt. 2. Die Frage einer deutschen Wiederaufrüstung war in Rom nicht von mir aufgeworfen worden, sondern von der sogenannten Deutschland-Kommission der Union Européenne des Fédéralistes, einer Kommission, die damals nur aus Ausländern bestand. 3. Ich habe in Rom nicht gesagt, eine deutsche Remilitarisierung habe „in der britischen Zone seit neun Monaten, in der amerikanischen seit drei Monaten bereits begonnen“, sondern, und zwar in einem bestimmten Zusammenhang von Fragen, es gebe dort wie hier gewissen Tatsachen, die bei entsprechender Entwicklung, wie sie von mir in der Debatte kurz dargestellt worden war, eine außerordentliche Bedeutung annehmen könnten. (Siehe den nachfolgenden Text dieses Artikels.) 4. Meine Bemerkungen in Rom standen in keinem Zusammenhang mit dem Vorschlag, eine Art deutsche Miliz zu bilden, wie er im „Rheinischen Merkur“ vom 6. November 1948 gemacht worden war; man konnte aus der Formulierung jenes Berichtes eine solche Schlußfolgerung ziehen. – Kaum hatte ich diese Richtigstellung – damals mein einziger Hinweis auf das Problem – gemacht, erhob sich eine Flut von Fragen, die sich, mit einer einzigen Ausnahme, ausschließlich auf die „Tatsachen in der britischen und der amerikanischen Zone“ bezogen. Dadurch gerieten diese isoliert sozusagen unter eine geradezu mikroskopische Vergrößerung. Ich weigerte mich, sie unter solchen Umständen zu nennen. Meine Ablehnung war so klar, daß der Vertreter des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtenbüros“ der Ostzone sogar auf eine weitere Fragestellung verzichtete. Ich hob die Tragweite und die Kompliziertheit des Gegenstandes hervor, betonte die Notwendigkeit, daß sehr viele deutsche Politiker der Problematik gegenüber ahnungslos seien, die Lage müsse in mancher Hinsicht geradezu tragisch genannte werden, es sei höchste Zeit, verantwortlich darüber zu sprechen und zu schreiben, ehe es zu spät sei. – Ergebnis: eine Sensationsfontäne, wilde Erwartungen, ich würde in der Januar-Ausgabe der FH „Enthüllungen“ bringen. (Im Kreuzfeuer der Fragen, die sich an meine knappe Richtigstellung anschlossen, mich immer wieder weigernd, Einzelheiten zu erörtern, hatte ich hervorgehoben, daß ich selbst demnächst ausführlich und im Zusammenhang über das Thema schreiben würde.) Angriffe, Zustimmungen, Dementis, Mißverständnisse aller Art, insbesondere das, eine Remilitarisierung würde von mir befürwortet, folgten. Da ein geschriebener Text meiner tatsächlichen Ausführungen und des wirklichen Verlaufes dieses Teils der Pressekonferenz, die noch anderes zum Gegenstand hatte, nicht vorlag, stützte sich fast jedermann in seinen nachfolgenden Urteilen ausschließlich auf irgendeine der zahlreichen in unserer sehr verschiedenartigen Presse erfolgten Darstellungen. Von einigen Stellen, wie der Redaktion des berliner „Tagesspiegels“, wurde ich mit höchst abfällig-kritischen Prädikaten bedacht. Nun, ich kann es nicht ändern. Die Form, wie die Sache an die Öffentlichkeit gelangte, lag weder in meiner Absicht, noch im Verlauf der Dinge in meiner Macht. *Daß* sie jetzt an die Öffentlichkeit gelangt ist, bedauere ich gleichwohl nicht. Sie wird uns noch nachhaltig beschäftigen, und je gründlicher, je verantwortungsvoller sie jetzt, *im voraus*, erörtert wird, umso besser scheint es mir zu sein.

wirksame Instrument der Politik sei.“ Natürlich ist es nicht zufällig dahin gekommen; die Illusion der entgegengesetzten Anschauung, Politik mit Sowjetrußland sei ohne jede bewaffnete Macht möglich, die geduldige Erprobung solcher Politik, als sie schon hinfällig zu werden anfangt, hat mit unangenehmen Folgen lange genug gedauert. Nun will man sicher sein und kann es bei der Härte der ideologischen Gegensätze und dem daraus beständig gespeisten Mißtrauen nicht durch Abrüstung erreichen. Also nur durch ihr Gegenteil.

In diese Pläne wächst Deutschland eher schnell als langsam hinein. Natürlich geht das nicht so vor sich, daß etwa die angelsächsischen Besatzungsmächte sehr plötzlich, sehr still und sehr leise, als eine Art top secret matter wie im Aktenschrank eine deutsche Armee aufbauen, die morgen modernst ausgerüstet hinter den Bäumen unserer Wälder hervorträte. Davon kann wirklich keine Rede sein. Schließlich ist ja nicht einmal die sowjetische Besatzungsmacht mit ihrem gesamten NKWD-Apparat imstande, die tatsächliche Entwicklung in ihrer Zone geheimzuhalten. 1949 könnte aber das Jahr werden, wo einige gewichtige Überlegungen, die von keineswegs gleichgültigen Männern im Ausland bereits angestellt werden, manche deutschen Vorschläge, die vorerst bloß anzeigende Bedeutung haben, Wünsche und Bereitschaften von Gruppen, die bestehen, mit einer Reihe von mehr oder minder notwendigen Tatsachen, die es gibt, unter einer bestimmten deutschen und einer bestimmten europäischen Konstellation in eine einzige Richtung geraten. Es scheint mir nicht so verfehlt zu sein, *vorher* darüber nachzudenken, und die Öffentlichkeit auf alles, was möglich ist, aufmerksam zu machen, damit die Sache gründlich erörtert wird, – alles was recht ist: es geht auch um *unseren* Kopf und *unseren* Kragen. Man kann auch nicht, wenn man die konkreten Möglichkeiten, wie sie zur gegebenen Lage zu passen scheinen, ernstlich ins Auge faßt, meinen, das sei Gespensterseherei, man müsse auf die volle Wirklichkeit warten, ehe man sich mit ihr auseinandersetzen könne. Wir in Deutschland haben schon einmal erlebt, die Welt hat es dann bitte mitzuerleben bekommen, *daß* Gespenster aufstanden und tätig wurden, derer man später nicht mehr Herr wurde. Es *ist* wieder so eine Stunde. Wir wollen die im Augenblick erst fließenden Schemen ruhig aufs Korn nehmen. Vielleicht brauchen wir sie nicht einmal stärker anzurufen, daß sie verschwinden, wie es Gespenster zu tun pflegen, wenn man sie anruft.

### „Pläne“

Es gibt also ernste Überlegungen. Der militärische Selbstschutz Westeuropas steht in mehr als einer Hinsicht auf schwachen Füßen. Nicht bloß heute, sondern auch noch morgen. Man braucht auf nicht mehr als zwei Umstände hinzuweisen: die Misere in Frankreich und auf die Tatsache, daß die stärkste Armee Europas die der neutralen Schweiz ist. Es fehlt an Soldaten. Nicht an irgendwelchen in Uniformen gesteckten Menschen, sondern an kampferfahrenen und notfalls kampfbereiten Soldaten. Dabei denkt man auch an die 46 Millionen zählende Bevölkerung Westdeutschlands.

„Gerüchte sprechen bereits von einer 500 000 Mann-Armee,“ zitiert Sumner Welles warnend in der „New York Herald Tribune“ vom 21. November 1948.

Die in Washington erscheinende Wochenzeitung „U. S. News and World Report“ berichtete am 30. Juli 1948 in ihrer ständigen Rubrik „Wovon nur geflüstert wird“: „In Kreisen offizieller amerikanischer Militärpersönlichkeiten in Deutschland diskutiert man einen Wiederaufbau der deutschen Armee als Gegengewicht zur Stärke Rußlands in Europa. Die Reaktion auf



solche Gespräche ist in Frankreich und in anderen westeuropäischen Ländern ziemlich scharf.“ – Am 6. August 1948 schrieb das Blatt in der gleichen Spalte: „Amerikanische Militärs, die die Politik der USA in Deutschland geformt haben (who have been shaping US policy in Germany), sprechen sich für den Wiederaufbau einer deutschen Militärmacht als Ausgleich gegen die Russen aus. Die Militärs meinen, daß die Deutschen eher bereit wären, militärische Verpflichtungen zu übernehmen als die Franzosen, die nur zögernd ernsthafte Bemühungen zu einer Wiederaufrüstung machen.“ – Am 15. Oktober 1948 hieß es in einem Artikel des Blattes, daß für den Fall einer Präsidentschaft Deweys der Einfluß der Militärs auf politische Entscheidungen an Bedeutung zurückgehen würde. „Generale im diplomatischen Dienst und in Stellungen, die ihnen Autorität über Zivilisten geben, werden zum reinen Armeedienst zurückkehren; Zivilisten werden an ihre Stelle treten. Ein Wechsel in der Art der Verhandlungsführung wird das Ergebnis sein. Militärische Führer der USA befürworten ein starkes Deutschland. Sie würden die Deutschen, wenn das ohne Verschärfung der Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruches möglich sein sollte, gerne wieder bewaffnen. Sie sehen in Deutschland ein militärisches Potential, das viel größer ist als im übrigen Europa. Das deutsche Volk ist ihrer Ansicht nach kraftvoller und weniger in sich gespalten als andere Völker auf dem Kontinent.“

Mr. Carl J. Friedrich, bis vor kurzem Berater der US-Militärregierung in Deutschland, jetzt Professor an der Harvard-Universität, schreibt in „The Annals“, Mai 1948, über die Frage einer Friedensregelung mit Deutschland. Die Abhandlung befaßt sich mit der „politischen und militärischen“, sowie mit der „wirtschaftlichen und sozialen“ Seite des Themas. Unter dem Zwischentitel „Ein neues deutsches Militär“ vertritt Mr. Friedrich die Ansicht, daß es nicht leicht sei, den richtigen Zeitpunkt zu finden, in dem „eine vernünftige und gesunde Politik die Wiederschaffung einer deutschen Armee ins Auge fasse“ solle. Man dürfe sich nicht durch die Berichte über „eine beachtliche, in der Sowjetunion geschulte Armee“ dazu verleiten lassen. Ein Friedensvertrag mit Deutschland könne wohl „die schrittweise Einführung einer Volksarmee nach dem Muster der ausgezeichneten Überlieferung der Schweiz“ vorsehen.

In der Zusammenfassung des gesamten Artikels kommt Mr. Friedrich auf die Frage noch einmal zu sprechen. Er befürwortet eine mindestens zwanzigjährige, wenn nicht zeitlich sogar unbeschränkte Besetzung Deutschlands auch nach einem Friedensvertrag. „Eine Zurückziehung der Besatzungstreitkräfte würde den Wiederaufbau der deutschen Armee bedeuten, was gegenwärtig die Gefahr einer Wiedereinsetzung des alten Offizierscorps, einschließlich des Generalstabs, in sich trüge.“ Mr. Friedrich meint, daß es beinahe unmöglich erscheine, die Westalliierten auf ein derartiges Programm zu einigen. Äußerstens könne doch wohl nur „der schrittweise Aufbau einer Volksarmee“ in Betracht kommen, deren „erste 25 000 Mann am Ende der ersten fünf Jahre“ (nach dem Friedensvertrag) „einberufen würden, während zur gleichen Zeit ein Viertel der Besatzungstruppen zurückgezogen werden könnte. Eine solche Armee sollte nicht aus Berufsmilitärs bestehen, sondern im wesentlichen eine Miliz ohne schwere Bewaffnung sein ...“ – Wie man sieht, ist Mr. Friedrich einer solchen Entwicklung und dem Zeitpunkt gegenüber, zu dem sie in Gang gesetzt werden sollte, mehr als zurückhaltend. Wozu hat aber dieser seinerzeitige Berater der US-Militärregierung in Deutschland bereits im Mai 1948 das Thema öffentlich erörtert? Doch wohl, um zu warnen.

Ende Juli 1948 schrieb der bekannte englische Militärschriftsteller Liddel Hart in der „Picture Post“, die Westunion könnte militärisch nur dann Bestand haben, wenn man sich entschlösse, etwas aufzuheben, zu dessen Verwirklichung man zwei Kriege geführt habe: nämlich die Entwaffnung Deutschlands. Wenn die Westunion beim ersten Anstoß nicht auseinanderfallen sollte, müßte die deutsche militärische Stärke den Kitt bilden. (Wiedergegeben nach einem Zitat in der „Neuen Woche“ vom 11. Dezember 1948, Seite 2.)

Am 27. November 1948 schrieb Maurice Duverger, vormals Leitartikler des „Temps“, heute in gleicher Eigenschaft bei „Le Monde“, der französischen Tageszeitung, die dem Außenministerium nahesteht, unter dem Titel „Das Problem des Zwanzigsten Jahrhunderts: Eine realistische Auffassung von Europa setzt die Beseitigung der deutsch-französischen Rivalität voraus“: „Wenn man von der militärischen Verteidigung Kontinentaleuropas gegen einen möglichen Angriff von außen spricht, dann müßte man sich doch über die Folge im klaren sein, die das in sich schließt: die gleichzeitige Wiederherstellung der deutschen Armee mit der französischen Armee. Denn es gibt nur zwei militärische Völker auf dem Kontinent: Deutschland und Frankreich. Eine europäische Armee wäre wesentlich eine französisch-deutsche Armee. Ich kann mir das Ärgernis vorstellen, das diese sakrilegischen Worte hervorrufen können, denn man führt zwar das Wort Europa gerne im Mund, das versteht sich, aber man pflegt die Augen vor den präzisen Realitäten zu verschließen, die es in sich schließt.“

Es ist vielleicht nicht unwichtig, kurz noch auf ähnliche Erwägungen hinzuweisen, die angesichts der Entwicklung im Fernen Osten für Japan angestellt werden. Meldungen hierüber waren in der Weltpresse schon seit langem zu finden. Unlängst hieß es („Die Neue Zeitung“, das offizielle Organ der US-Militärregierung in Deutschland, vom 16. Dezember 1948): „Amerikanische militärische Kreise ließen verlauten, die Aufstellung einer japanischen Polizeistreitmacht in Stärke von 100 000 bis 150 000 Mann durch die USA werde erwogen. Vom militärischen Standpunkt aus sei indes nicht etwa eine drastische Änderung der amerikanischen Fernostpolitik zu erwarten, sondern lediglich eine allmähliche Entwicklung, die der veränderten strategischen Lage Japans angesichts der kommunistischen Erfolge in China gerechtwerde. Es sei nicht angängig, bei einem etwaigen Abzug der Besatzungstruppen auf den japanischen Inseln ein Kräftevakuum entstehen zu lassen. – Die erste Verlautbarung von offizieller amerikanischer Seite über eine mögliche Wiederbewaffnung Japans erfolgte im September dieses Jahres, als US-Generalleutnant Robert Eichelberger aus Japan zurückkehrte und sich dafür aussprach, eine Polizeiarmee aus einheimischen Mannschaften in Stärke von 125 000 Mann aufzustellen. Eingeweihte amerikanische Kreise in Washington und Tokio betonen, daß es sich bei der japanischen Polizeitruppe lediglich um eine Sicherheitsstreitkraft handeln könne; an sich seien alle an Japan interessierten Mächte verpflichtet, das Land zu entwaffnen und im Zustande der Entwaffnung zu belassen. Der Sachverhalt sei überdies dadurch charakterisiert, daß die japanische Verfassung selbst jegliche Aufrüstung verbietet. Verfassungsgemäß sei jedoch der Unterhalt von Polizeistreitkräften gestattet.“

Das ist, in allgemeiner Form, ein wenig von dem, was überlegt wird.

### *„Deutsche Anregungen“*

Dann gibt es deutsche Vorschläge, Anregungen, Schriftstücke. Sie haben, wie gesagt, bis jetzt nur einen anzeigenden Wert. Sie sind auch noch von keiner offiziellen Stelle angenommen worden, am allerwenigsten von den Militärregierungen. Am 7. Oktober 1948 zum Beispiel berichtete die „Overseas News Agency“ aus Frankfurt, die Schaffung eines militärischen Oberkommandos für die Westeuropäische Union habe „eine Anzahl führender deutscher Politiker veranlaßt, hoffnungsfreudig anzuregen, daß ... Westdeutschland erlaubt wird, eine Armee zu bilden, um an der Verteidigung Westeuropas teilzunehmen“. Einer dieser Politiker – „a key figure in Bizonia“ –, so wird weiter berichtet, habe einem Mitglied der amerikanischen Militärregierung gegenüber privat geäußert, „daß die Deutschen sagten, die Mächte der westeuropäischen Union hätten jetzt zwar ein Oberkommando geschaffen, besäßen aber keine Soldaten; die Westdeutschen könnten ihnen die Truppen liefern´...“ „Deutschland hat Menschen-Reserven; die einzige Frage ist, wer sie benutzen wird: Rußland oder die Westlichen Nationen. Es ist an Ihnen“ (den Amerikanern), „die Entscheidung zu fällen.“ Ein anderer dieser Politiker – „one ... leading politician“ – soll sogar gesagt haben, der neue westdeutsche Staat möge die Autorisierung erhalten, „eine Armee von einer Million Mann zu schaffen“. General Clay hat daraufhin am 11. Oktober 1948 dem Vertreter der genannten Nachrichtenagentur, der ihn darüber befragte, erklärt, daß er „jede Anregung politischer Führer Westdeutschlands, sie wollten eine Genehmigung erhalten, eine stehende Armee zu errichten, strikt ablehne, gleichgültig für welchen Zweck sie gedacht sei“. „Die Politik der Vereinigten Staaten ist es, Deutschland entwaffnet zu halten,“ fügte General Clay scharf hinzu.“ – Ähnliche deutsche Vorschläge, jedoch von gemäßigerer Art (bewaffnete Selbstschutz-Verbände, eine Miliz, deutsche Kontingente für eine europäische Armee) haben Dr. Kramer, der Herausgeber des „Rheinischen Merkur“, in der Ausgabe vom 6. November 1948 und Dr. Vogel, Stuttgart, in der „Schwäbischen Post“ vom 11. November 1948 der Öffentlichkeit unterbreitet. Von den verschiedenartigen deutschen Anregungen und Schriftstücken, die es in dieser Sache gibt, kann ich hier nicht einmal die erörtern, die ich persönlich kenne. Einige scheinen mir lächerlich zu sein, andere wird man wohl wegen des Ansehens der dahinterstehenden Personen ernstnehmen müssen. Sollte die Sache selbst vielleicht Fortschritte machen, dann werden diese Personen, wie ich vermute, kaum umhinkönnen, ihre Anregungen eines Tages einer hoffentlich kritisch gewordenen Öffentlichkeit zu unterbreiten.

### *„Wünsche und Gruppen“*

Ferner gibt es Wünsche und Bereitschaften von Gruppen, die bestehen. Das ist noch keine sehr greifbare Sache. Immerhin sind sie da, wenn auch recht lose, die Gruppen – mehr Zusammengehörigkeiten mit wartenden Organisatoren –, aber recht stark, was die Wünsche und die Bereitschaften anlangt. Viele Gespräche und Erfahrungen beweisen es. In manchen Fällen handelt es sich um Desperados, in vielen Fällen um Leute, die nicht ein- und auswissen, um die sich niemand bekümmert hat, die für die Demokratie und für europäisches Denken zu gewinnen gewesen wären und es vielleicht noch sind. Sie rechnen damit, daß man sie eines Tages, wenn man Soldaten braucht, nicht so sehr – oder überhaupt nicht – nach ihrer politischen Vergangenheit und nach der Zuverlässigkeit ihrer Gesinnung fragen wird, sondern nach ihrer Kriegserfahrung, eine Spekulation, die mir nach manchen Anzeichen und nach der in der Ostzone schon lange geübten Praxis durchaus nicht abwegig

vorkommt. Die innenpolitische Entwicklung Westdeutschlands braucht bloß noch fühlbar „nationaldemokratisch“ zu verlaufen, was aus mehreren Ursachen eintreten könnte.

### *Einige Tatsachen*

In einem solchen Fall nähme auch eine Reihe von Tatsachen plötzlich eine Bedeutung an, die ihnen, jeder für sich, heute noch keineswegs zukommt. Bestimmte Spezialisten sind herangeholt worden (registriert wurden sie ja schon von Kriegsende an), Technische Dienste bestehen, sowie einige Hilfsverbände, von einem Charakter, der über die Industrie-Polizei hinausgeht, gewisse Vormerkungen werden vorgenommen, die notwendig zu sein scheinen. Nichts von einer Geheimarmee. Aber alle diese Leute sind keineswegs Marionetten. Es hängt vom Gang der Ereignisse und von der Wachsamkeit, dem Einblick, der Stärke der demokratischen Kräfte ab, was daraus werden wird.

Zu den Tatsachen gehört schließlich in diesem Zusammenhang auch, daß das westdeutsche Industriepotential, das Europa braucht, wächst und in der nächsten Zeit wohl unverhältnismäßig rascher wachsen wird, als es bisher der Fall sein konnte. „Für eine gründliche und dauernde Erhaltung Europas ist es unerlässlich,“ sagte am 18. November 1948 Mr. Dewey Short, Leiter einer Gruppe von sieben amerikanischen Kongreßmitgliedern des House Armed Services Committee, in Berlin, „daß wir Westdeutschland wirtschaftlich rasch wieder auf seine Beine bringen ... Deutschland ist die Fabrik und das industrielle Herz Europas. Wir müssen den Deutschen daher helfen, ob nun einige Leute Deutschland und die Deutschen lieben oder nicht. Wir können nicht ewig so weitermachen, daß wir die Besetzhaltung finanzieren. Es ist daher für uns selbst notwendig, ihnen zu helfen. Ich stimme nicht mit den Leuten überein, die meinen, daß wir dadurch wieder eine Bedrohung schaffen. Natürlich müssen wir ein wachsames Auge auf Rüstungsmöglichkeiten halten, aber die Deutschen können auf den rechten Weg gebracht werden. Wir wünschen von den Lasten freizuwerden und aus Deutschland herauszukommen. Freilich können wir das nicht, bis die Russen es tun.“

Mr. Short und das House Armed Services Committee sind nicht der Kongreß, nicht das Weiße Haus und nicht das State Department. Immerhin.

### *Kritische Aussichten für echte Demokraten*

Man kann das alles wohl eine Wendung nennen – gegenüber 1945/46! Wenn wir damals, beinahe predigend, sagten und schrieben, das deutsche Volk möge unbeirrt vom Zorn, vom Haß, vom Racheverlangen und von der Kollektivschuldanklage so vieler im Ausland und so vieler Ausländer im Inland aus eigenen Stücken und im Gewissen jedes Einzelnen selbstverantwortlich über das Vergangene und über seinen Weg in die Zukunft nachdenken, dann tun wir es jetzt in dieser innerhalb weniger Jahre gründlich veränderten Lage gegenüber den neuen Sympathien, Hilfen, Angeboten und Möglichkeiten aller Art abermals. Dieses Jahr *nicht* fälliger Entscheidungen kann für die ganze Zukunft ausschlaggebend werden. Alles hängt von unserer Gesinnung und unserer politischen Kraft ab. Sie werden an den Methoden, mit denen wir die wirtschaftliche Erholung betreiben werden, an der Frage der Polizei und an der Erörterung eines möglicherweise weitreichenden „Selbstschutzes“, ja unter Umständen einer beginnenden Beihilfe zur westeuropäischen Verteidigung sichtbar werden.

Das „Gespenst“, von dem hier die Rede ist, hat zwar, wie gesagt, noch fließende Umrisse. Man kann sie jedoch bereits klar beschreiben: ein bestimmter Typ von Industriellen, von Militärs, von Polizei, von potentiellen Mannschaften, von Politikern, dazu der bestimmte Typ einer Gefahrenlage, innen- und außenpolitisch, wirtschaftlich und sozial, – die Demokraten in Deutschland werden es, wie mir scheint, nicht so leicht haben im Jahre 1949. Ich weiß nicht, wieviele unserer wirklichen Politiker die aufsteigende Welle ohne falschen Optimismus sehen, und wieviele unserer vermeintlichen Politiker, bloß betriebsam, aber leichten Sinnes, nach neuen Kommandoständen Ausschau halten, von denen aus sie vermeintlich ziemlich mühelos der kommenden Dinge Herr werden wollen. Es kann sehr wohl umgekehrt kommen: daß die Kommandostände wegrutschen, oder daß andere sie besteigen, oder daß die eigentlichen Weisungen von Büros und Klubs ausgehen werden.

Auch im Ausland geben sich manche erheblichen Illusionen hin. (Wir möchten damit umgekehrt keineswegs den ewig Gestrigen, den Nichts-als-Mißtrauischen, den falschen Sicherheitspredigern das Wort sprechen.) Es gibt sogenannte Wirtschaftsführer bei uns – genau wie woanders, nur haben sie dort im allgemeinen nicht die gleiche Bedeutung gewonnen –, die politisch überhaupt oder fast gar nichts gelernt zu haben scheinen. Und es gibt deutsche Militärs – vielleicht ist es nicht übertrieben, zu sagen: mit nur ganz wenigen Ausnahmen –, deren politische Standfestigkeit in einer Demokratie alles andere als erprobt ist (das darf man wohl eine bescheidene Ausdrucksweise nennen). Einige von ihnen könnten durchaus mit den deutschen Bolschewiken-Generalen gemeinsames Spiel machen. Man soll doch nicht meinen, die Neigungen aller dieser Herren-Genossen gingen insgeheim heftig nach Westen, sie seien, einer wie der andre, nichts als wouldbe-Europäer, die den Tag nicht erwarten können, wo sich ihnen eine Möglichkeit bietet, dem Machtbereich des Kreml zu entfliehen. Dazu sind alte Vorstellungen von Rußlands Möglichkeiten in den wenigen politisch Denkenden und in den meisten „rein fachmännisch“ Gesinnten von ihnen noch viel zu lebendig.

Was weiterhin bis jetzt wenig beachtet zu werden scheint, wäre die Wirkung einer deutschen Wiederaufrüstung, erfolgte sie selbst nur in Anfängen, auf Völker wie die Polen, die Tschechen und andere im Osten, von denen der Westen doch überzeugt ist, daß sie das ihnen von der „volksdemokratischen“ Minderheit und der sowjetrussischen Macht auferlegte Joch nur mit höchstem Widerwillen tragen, bereit, es so bald wie nur möglich abzuschütteln. Eine wiedererstehende deutsche Wehrmacht könnten sie nach den Erlebnissen, die sie hinter sich haben, wohl kaum als Anzeichen künftiger Befreiung ansehen. Eine derartige Möglichkeit haben Hitler und seine Generale ein für alle Mal aus der Welt geschafft, – abgesehen davon, daß auch in den Satellitenstaaten der UDSSR die Völker eine kriegerische „Lösung“ kaum herbeisehnen dürften. Sie in einen noch tieferen Zwiespalt der Gefühle und in eine Lage zu bringen, in der sie die kommunistisch-slawische Vormacht als ihre Beschützerin betrachten müßten, kann nicht die Absicht sein. In Kauf dürfte man es nicht leichthin nehmen.

Und noch eine „Kleinigkeit“ wird von den Rechnern häufig übersehen. Das ist die Rolle der antikommunistischen Arbeiterschaft – in Europa sowohl wie in Deutschland. Ohne sie gehen die Rechnungen nicht auf, weder die wirtschaftlichen und sozialen, noch die politischen und die militärischen. Etwa in die Enge getrieben zwischen Reaktion oder dem, was die Arbeiter- und Angestelltenschaft als Reaktion ansieht, und kommunistisch gesteuerten Aktionen, wird

sie in der Mehrheit notgedrungen nicht in das Lager der Reaktion gehen; sie würde von der Linksradikalität mitgerissen werden. Eine solche Entwicklung, von Fall zu Fall entstehend, wie es sich ja in Frankreich oder Italien immer wieder zeigt, würde aber nicht bloß das Gelingen der wirtschaftlichen Erholung Europas in Frage stellen.

Was immer unternommen wird, es muß zusammen mit der Arbeiterschaft unternommen werden. Alles andere – Versuche halbfaschistischen Charakters – sind bloß mehr Brackwasser der Geschichte; in ihm scheitert man nach wenigen Jahren, weil die gesellschaftlichen Unterlagen der europäischen Politik ganz andere geworden sind, und weil die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte immerhin solchen Eindruck auf das allgemeine Bewußtsein gemacht haben, daß bestimmte unsoziale Herrschaftsformen ohne extremen und dauernden Terror notwendigerweise zu raschem Untergang verurteilt sind.

### *Wie denkt das deutsche Volk darüber?*

Was wird die Arbeiterschaft Westdeutschlands, was werden seine Mittelschichten, seine Bauern, und was wird insbesondere die jüngere deutsche Generation zur Frage der „starken Polizeimacht“, wie der Präsident des Parlamentarischen Rates, Herr Dr. Adenauer, sich ausgedrückt hat, sowie zur Frage weiterreichender Möglichkeiten sagen, die dann freilich eine Art Remilitarisierung und Wiederaufrüstung zur Folge hätten? Niemand weiß es. Man sollte es aber wissen.\*

Deshalb muß diese Sache auf Leben und Tod einer nochmals versuchten deutschen Demokratie erörtert werden. Nichts darf sich da hinter dem Rücken des Volkes und ohne sein Wissen abspielen. Wir sind weder Polizeiobjekte, noch wollen wir Reisläufer oder Fremdenlegionäre werden. Man braucht Deutschland? Deutschland braucht Europa! Sonst entwickeln sich die Dinge erneut in falscher Richtung. Leider ist dieses Europa noch nicht da. Es muß also so rasch wie möglich zustandekommen. In einem echten europäischen Bund – nicht bloß in Bündnissen – verlören die Probleme sofort viel von ihrer gefährlichen Mehrdeutigkeit, die ihnen jetzt überall anhaftet.

---

\* Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 10. Dezember 1948 zu der Frage in folgender Weise Stellung genommen: eine deutsche Wehrverfassung liege nicht im Bereich deutscher Zuständigkeit; der britische und der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland hätten ausdrücklich die Behauptungen über eine deutsche Wiederaufrüstung dementiert; die Sicherung Westdeutschlands vor dem östlichen Totalitarismus müsse durch eine konsequente demokratische und soziale Politik erfolgen; der Gefahr einer gewaltsamen Infiltration von Osten nach Westen sei durch eine demokratische, zuverlässige, von den Ländern geführte und kontrollierte Polizei zu begegnen. Eine künftige deutsche Wehrverfassung könne nur im Zusammenhang mit der Rolle erörtert werden, die Deutschland in der europäischen Gemeinschaft spielen werde, und nur unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Sicherheit. Die Sozialdemokratische Partei wende sich vor allem auf das schärfste gegen jeden Versuch, die Frage einer künftigen militärischen Stellung Deutschlands mit den Vertretern des alten Militarismus, gleich ob nationalsozialistischer oder nationalistischer Prägung, zu behandeln. – Professor Carlo Schmid faßte die Feststellungen des Parteivorstandes in den Satz zusammen: „Alle Gespräche über Remilitarisierung haben keinen Zweck, wenn sie den national-staatlichen Armeegedanken zum Ziele haben, sondern nur dann, wenn sie einer bewaffneten Exekutive eines internationalen Systems kollektiver Sicherheit gelten.“ Erich Ollenhauer, der stellvertretende Vorsitzende der Partei, erklärte: „Wenn irgendjemand darangeht, Deutschland mit militärischen Aufgaben zu beschäftigen, so stellen wir fest: Der Aufbau irgendeiner militärischen Organisation wird von der Sozialdemokratie nicht geduldet werden, wenn sie sich auf die alten militaristischen Kreise stützt.“

Die Herausgeber und die Redakteure dieser Zeitschrift gestehen ehrlich, daß auch sie in den beiden hier angeschnittenen Hauptfragen der Sicherheit keineswegs eine völlig eindeutige Lösung anzubieten haben. Die Lage ist viel zu schwierig und verwickelt. Wir sagen nur, sie ist nicht reif für weittragende Entscheidungen, obgleich sie zumindest für die Frage der Bundespolizeimacht rasch reif gemacht werden muß. Dazu gehört die Kenntnis aller in Betracht kommenden Möglichkeiten, und dazu gehören sehr aktive, überlegene demokratische Kräfte. Modern kasernierte Polizeitruppen können heutzutage im Handumdrehen zu mehr entwickelt werden, besonders wenn sich Voraussetzungen darbieten, wie sie bei uns zum Teil gegeben, zum Teil in Entstehung begriffen sind. Dies ist wirklich eine Sache des ganzen Volkes, das bisher den Grundgesetzen seines politischen Lebens, von dem das private abhängig ist, sehr wenig Interesse entgegengebracht hat. (Sie wurden allerdings auch schlecht genug dargeboten.)

Was das Übrige anlangt, – nein! Mögen sich jene, die den jetzigen Zustand herbeigeführt haben, den Kopf darüber zerbrechen, mit welchem Minimum an Menschen und welchem Maximum an vereinigten technischen Mitteln sie das begonnene Aufbauwerk Europas militärisch sichern können. Wir sind nicht bereit, das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ *so ad acta* zu legen. Deutschland sollte in jeder anderen Hinsicht darauf bedacht sein, seinen höchsten Beitrag für das gemeinsame Wohl Europas und der Welt zu leisten. Eine wahrhaft lautere und eine bedingungslos europäische Gesinnung wäre unter seinen möglichen Beiträgen nicht der geringste.